

Thomas Schmidinger

## Tschad vs. Sudan: Plündern und Herrschen

In letzter Minute könnte Muammar al-Gaddafi einen Krieg zwischen Sudan und Tschad beigelegt haben. Der libyische Präsident, der sich seit seiner „Entschurkung“ in der Rolle des Friedensstifters gefällt, konnte seine guten Beziehungen zu den Präsidenten des Tschad, Idriss Déby, und des Sudan, Omar al-Bashir, nutzen, um am 9. Februar eine friedliche Beilegung des seit langem schwelenden zwischenstaatlichen Konflikts zu verkünden.

Seit Beginn des Krieges in Darfur, der von der Weltöffentlichkeit fast unbeachtet, unvermindert weitergeht, hatte der Sudan dem Tschad vorgeworfen, Guerillagruppen zu unterstützen. In den letzten Monaten wurde nun, nach Angriffen sudanesischer Truppen und mit ihnen verbündeter Milizen auf tschadische Städte sowie verstärkten Guerillaaktivitäten im Tschad, der umgekehrte Vorwurf erhoben, der Sudan würde seinerseits die tschadische Guerilla unterstützen. Der von Libyen vermittelte Friedensvertrag verpflichtet jetzt beide Staaten, Angriffe von ihrem Territorium aus zu unterbinden und keine Guerillagruppen gegen die jeweils andere Regierung mehr zu unterstützen. Die Rede ist auch von einer Friedenstruppe, wobei noch nicht klar ist, wer diese stellen solle. „Zur Not“, kündigte Gaddafi an, würde auch Libyen 100000 Soldaten zur Verfügung stellen, um eine „fremde Intervention in afrikanische Angelegenheiten“ zu verhindern.

Trotz dieser formalen Friedenslösung im zwischenstaatlichen Konflikt bleibt fraglich, ob diese hält, was sie verspricht. Eine friedliche Beilegung des

Konfliktes könnte dabei nicht nur an den autoritären Regierungen in Khartum und N'Djamena scheitern, sondern auch an der inneren Struktur desselben. Dieser ist nämlich nicht nur ein zwischenstaatlicher Konflikt, sondern nähert sich immer mehr einem transnationalen Staatszerfall durch wechselseitige Warlordisierung an.

Nicht nur der seit dem Militärputsch von 1989 von Islamisten regierte Sudan, auch der Tschad mit seinem Regime der Patriotischen Rettungsbewegung „Mouvement Patriotique du Salut“ (MPS) leidet unter einer fragilen Staatlichkeit, die in den letzten Jahren in einer Vielzahl unterschiedlicher und teilweise rivalisierender Guerillaaktivitäten zum Ausdruck kam. 2000 konnte die im von Tubu besiedelten Norden des Landes verankerte Bewegung für Demokratie und Gerechtigkeit im Tschad, „Mouvement pour la Démocratie et la Justice au Tchad“ (MDJT), unter Youssef Togoïmi erstmals einen wichtigen strategischen Stützpunkt einnehmen, nämlich die Kernregion des Tibesti-Massivs. Seither kämpft die Guerilla mit wachsendem Erfolg gegen die Zentralregierung in N'Djamena, rivalisiert jedoch zugleich mit den fanatischen Islamisten der „Salafitischen Gruppe für Predigt und Kampf“, „Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat“ (GSPC), einer aus Algerien stammenden dschihadistischen Gruppe unter Hassan Hatab, die den Norden des Tschad als Rückzugsgebiet nutzt und dort ebenso gegen Regierungstruppen wie gegen Einheiten des MDJT kämpft. Der 2002 mit der Regierung geschlossene

ne Waffenstillstand zwischen Regierung und MDJT hielt nur bis zum Mai desselben Jahres; und auch der Tod des Rebellenchefs Togoïmi im September 2002 führte nicht zum Ende der Kampfhandlungen im Nordtschad.

Ein größeres Problem als die Guerilla im Norden dürfte für die Regierung Déby jedoch der Zerfall ihrer Armee darstellen. Erst im vergangenen November scheiterte der jüngste Versuch eines Militärputsches. Bereits im Mai 2004 hatte sich aus Deserteuren der Streitkräfte eine neue Guerillabewegung gebildet, die „Plattform für Wandel, nationale Einheit und Demokratie“ (SCUD). Sie ist unter der Führung von Yaya Dillo Djerou im Osttschad an der Grenze zu Darfur aktiv. Diese schloss sich im Dezember 2005 mit der von Mahamat Nour geführten „Rally for Democracy and Liberty“ (RDL) und sechs kleineren Guerillagruppen zu einer gemeinsamen Plattform unter der Bezeichnung „Vereinigte Front für demokratischen Wandel“ (FUC) zusammen, die mit Unterstützung sudanesischer Regierungstruppen und Janjawid-Milizen sudanesisches Flüchtlingslager und Siedlungen im Tschad angriffen.

Djerou gehört wie Déby der Bevölkerungsgruppe der Zaghawa an, die wie die Fur von der sudanesischen Armee und ihren verbündeten Milizen verfolgt werden. Der SCUD-Kommandant betont stets, dass sein Aufstand nichts mit ethnischen Differenzen zu tun habe. Während die Regierung des Tschad der sudanesischen Regierung vorwarf, die SCUD und andere Guerillagruppen gegen den Tschad zu unterstützen, behaupteten sudanesischen Regierungsstellen in der Vergangenheit, die SCUD wäre eher eine Freiwilligenarmee zur Unterstützung der Guerilla in Darfur, als eine Guerilla gegen das Regime Déby. Viele seiner Kämpfer sind 2005 von der tschadischen Armee nach Darfur vertrieben worden. Es wäre wenig erstaunlich, hätten sich einige von ihnen der ebenfalls von Zaghawa dominierten Guerillagruppe „Justice and Equa-

lity Movement (JEM) in Darfur angeschlossen. Die Führung der SCUD hat sich nun jedoch gemeinsam mit prosudanesischen Gruppen auch an Überfällen auf sudanesischen Flüchtlinge beteiligt.

Demgegenüber kann der tschadische Präsident seine Sympathie für die verfolgten Zaghawa und Fur jenseits der Grenze nicht verbergen. Einige Zaghawa-Oppositionelle werfen ihm jedoch ein zu lasches Handeln im Darfur-Konflikt vor und fordern mehr Solidarität mit den Guerillagruppen jenseits der Grenze. Dagegen bekannte sich Abdelwahid Aboud Makaye, ein hoher Führungskader der FUC, im Januar offen zu engen Beziehungen mit der sudanesischen Regierung.<sup>1</sup>

### Genozid in Zeitlupe

Auch wenn der innertschadische Konflikt dabei auch hausgemachte Ursachen hat, so ist dessen Eskalation im Laufe des letzten Jahres eng mit der Entwicklung jenseits der Grenze verbunden. Der Konflikt in der westsudanesischen Provinz Darfur begann als Vernichtungskrieg regierungstreuer Janjawid-Milizen, die im Bündnis mit den Militärs gegen Guerillagruppen und ökonomisch marginalisierte Bevölkerungsgruppen wie Fur, Berti, Daju, Masalit oder Zaghawa vorgehen. Schätzungen der UNO zufolge starben inzwischen mehr als 180 000 Menschen, etwa zwei Millionen mussten vor den Massakern der Janjawid aus ihren Dörfern fliehen. Angesichts der zwar verlangsamten, aber weiter anhaltenden Vernichtung und Vertreibung sprechen ausländische Beobachter bereits von einem „Genozid in Slow Motion“.<sup>2</sup>

1 Vgl. IRIN-News, [www.irinnews.org/report.asp?ReportID=51203&SelectRegion=West\\_Africa&SelectCountry=CHAD](http://www.irinnews.org/report.asp?ReportID=51203&SelectRegion=West_Africa&SelectCountry=CHAD).

2 Nicholas D. Kristof, Genocide in Slow Motion, „The New York Review of Books“, 9.2.2005; vgl. auch Thomas Schmidinger, Sudan – Der Staat als Warlord, in: „Blätter“ 2/2005, S. 194-200; ders., Sudan zwischen Arabien und Afrika, in: „Blätter“ 7/2004, S. 778-781.

Die beiden wichtigsten Guerillagruppen, die „Sudan Liberation Army“ (SLA) und die JEM geben jedoch nicht nur die politische Unterdrückung und kulturelle Marginalisierung der nicht-arabischen Bevölkerung Darfurs als Gründe für ihren bewaffneten Kampf an, sondern insbesondere auch die ökonomische Marginalisierung durch die Eliten des Zentralsudan. Sowohl das islamistische Militärregime des Sudan als auch das Regime Débys im Tschad setzten auf eine Liberalisierungspolitik nach den Vorgaben des IWF. Beide Staaten konnten damit zwar kurzfristig makroökonomische Erfolge erzielen, beschleunigten mittelfristig jedoch die Erosion innerer Staatlichkeit. Während der IWF bereits 1995 den Status des Sudan als „unkooperativ“ aufhob und das Land Ende der 90er Jahre erstmals aus eigener Kraft die vereinbarten Zahlungen an den IWF begleichen konnte,<sup>3</sup> akzeptierte der Tschad ein rigides Strukturanpassungsprogramm des IWF, das 1999 erfolgreich abgeschlossen wurde. Damit konnte das Land die Voraussetzungen für die Teilnahme an einer Entschuldungsinitiative für die „Highly Indepted Poor Countries“ schaffen.<sup>4</sup>

### Erdöl, Rente, Korruption

In beiden Staaten war dieser ökonomische Wandel mit dem Beginn der industriellen Förderung von Erdöl verbunden. Reste einer trikontinentalen Staatswirtschaft wurden so ab Mitte der 90er Jahre in eine Ölrentenökonomie umgebaut, die primär den jeweiligen politischen Eliten zugute kam und das ökonomische Gefälle zwischen den innerstaatlichen Zentren und der Peri-

pherie rapide vergrößerte. Die Weltbank finanzierte mit einem Kredit in Höhe von 3,7 Mrd. US-Dollar das so genannte Tschad-Kamerun-Projekt, die Erschließung von 300 Ölquellen und den Bau einer 1070 km langen Pipeline zur Küste Kameruns. Allerdings beschloss die Weltbank zeitgleich mit der Eskalation des Konflikts mit dem Sudan Anfang Januar, eine Kredittranche in Höhe von 124 Mio. US-Dollar nicht auszahlend, weil das Parlament die Verteilung der Gelder revidiert hatte, die nach Vorgaben der Weltbank zu 80 Prozent für die so genannten „Prioritätssektoren“ wie Ausbildung und Gesundheitsversorgung verwendet werden sollten. Die Regierung Déby hatte nun auch keinen Zugriff mehr auf die in London deponierten Öleinnahmen. Gehälter und Pensionen konnten nicht ausgezahlt werden, was die Unzufriedenheit im Lande noch zusätzlich verstärkte.

Im Sudan war sowohl die ökonomische Liberalisierung als auch der Aufbau der Erdölförderung eng mit dem Aufbau einer korrupten Klientel verbunden, die politische Loyalität und ideologische Linientreue auf der Basis der herrschenden islamistischen Ideologie belohnte. In den 90er Jahren wurde das Land zu einem Tummelplatz internationaler Islamisten. Unter ihnen war auch Osama bin Laden, der als Industrieller Großaufträge der Regierung erhielt, wie etwa den Ausbau des Flughafens von Khartoum oder die Straßenverbindung von Khartoum zur wichtigsten Hafenstadt Port Sudan.

Dem eher ideologisch motivierten Klientelismus im Sudan steht im Tschad eine grassierende „gewöhnliche Korruption“ gegenüber. Nach Angaben von Transparency International befindet sich der Tschad gemeinsam mit Staaten wie Haiti, Myanmar, Nigeria und Bangladesch unter den weltweit korruptesten Staaten.

Dazu kommt in beiden Staaten die Verschärfung ökologischer Probleme. Die Ausbreitung der Sahara nach Sü-

3 Matthias Lichtenberger, Die Islamisierung der Ökonomie im Sudan. Wirtschaftspolitik zwischen Macht, Markt und Moral, Berlin 2002, S. 94.

4 Studie der Bertelsmann-Stiftung, [http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/frankophones\\_afrika/Tschad.pdf](http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/frankophones_afrika/Tschad.pdf), S. 3.

den führte zu immer länger andauernden Dürreperioden. In Darfur kam es so schon im Laufe der 90er Jahre zu immer schärferen Konflikten um die noch verbliebenen Wasserstellen zwischen Nomaden und Bodenbauern. Verschärft wurden diese Konflikte um lebensnotwendige Ressourcen durch die Ausnutzung ethnischer Differenzen durch die Zentralregierung. Die arabischsprachigen Nomaden wurden mit Waffen unterstützt, die nicht-arabischen Bauern zogen deshalb bei der Auseinandersetzung zunehmend den Kürzeren. Nach mehreren Massakern an wehrloser Zivilbevölkerung begann sich schließlich auch diese zu bewaffnen. Die lokalen Konflikte weiteten sich zu einem Guerillakrieg aus, der mit besagten genozidalen Verfolgungsmaßnahmen der Zentralregierung beantwortet wurde.

### **Das Regiment der Warlords**

Derzeit entwickelt der Konflikt immer stärker eine fatale Eigendynamik. Lokale Warlords, deren Herrschaft auf der Fortsetzung des Kampfs und der Plünderungen basiert, können sich dem Kommando ihrer Auftraggeber entziehen, und es ist unklar, wie weit das Regime in Khartoum seine Milizen noch unter Kontrolle hat. Die Versuche, einzelne Mitglieder der Janjawid für Kriegsverbrechen zu bestrafen, waren bisher eher eine mediale Inszenierung für die internationale Öffentlichkeit als ein ernsthafter Versuch, die Gewalt zu beenden. Die Friedenstruppen der Afrikanischen Union (AU) konnten auch nach ihrer Aufstockung auf 6000 Mann die Massaker nicht beenden. Immer öfter geraten sie selbst ins Kreuzfeuer zwischen der Regierung und den Guerillas. Immerhin entschloss sich die AU auf ihrer Tagung in Khartoum Ende Januar 2006, nicht wie üblich den Präsi-

denten des Gastgeberstaates zum Vorsitzenden zu wählen, sondern den Präsidenten von Kongo-Brazzaville, Denis Sassou-Nguesso. Sudans Präsident al-Bashir musste sich mit dem Vizevorsitz der AU-Ratsversammlung begnügen. Wäre er zum AU-Präsidenten gewählt worden, hätte er damit auch das Oberkommando über die Friedenstruppen der AU in Darfur gehabt, was wohl das endgültige Scheitern der Afrikanischen Union in Darfur bedeutet hätte.

Auch der zwischenstaatliche Konflikt mit dem Tschad war Thema des Gipfeltreffens der AU-Staatschefs in Khartoum. Doch trotz des anschließenden Friedensabkommens ist die Eskalation des Konflikts zum heißen Krieg nach wie vor möglich. Die weit größere Gefahr stellt derzeit jedoch das Fortschreiten der Warlordisierung in beiden Staaten dar – bis hin zu einem möglichen transnationalen Staatszerfall. Hier zeigt sich, dass grenzüberschreitende Kämpfe und Bündnisse lokaler Paramilitärs, Guerillagruppen und Warlords nur der logische nächste Schritt sind, wenn in schwachen Staaten nur noch der Repressionsapparat funktioniert und deren klientelistische Oligarchie immer größere Bevölkerungsgruppen marginalisiert. Eine neoliberale Wirtschaftspolitik, deren Basis zunehmend in einer Ölrentenökonomie zu suchen ist, trägt zur Aushöhlung funktionierender Staatlichkeit von innen bei. Die Folgen sind derzeit sowohl im Tschad als auch im Sudan zu besichtigen: Die Regierungen beider Staaten agieren zunehmend wie Warlords, die nur noch damit beschäftigt sind, die Bodenschätze des kontrollierten Territoriums auszubeuten und sich als private Gewaltunternehmer zu betätigen. Regierungen, die sich auf diese Weise selbst zum Metawarlord machen, sollten sich nicht wundern, wenn ihre Staaten insgesamt zunehmend der Warlordisierung anheim fallen.